



Klimapakt Staat – Gemeinden: ein wichtiges Signal für den Klimaschutz in Luxemburg

Ende Oktober diesen Jahres hat der delegierte Minister für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen Marco Schank den Gesetzesentwurf für einen Pakt zwischen Gemeinden und Staat im Klimabereich deponiert. Die Gemeinden sollen verstärkt eine finanzielle Unterstützung seitens des Staates erhalten, wenn sie im Klimabereich aktiv werden und - je nach ihrem Klimaschutz-Engagement - eine entsprechende „Zertifizierung“ erhalten.

Der Mouvement Ecologique begrüßt grundsätzlich, dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht und Staat und Gemeinden in diesem Bereich noch enger kooperieren werden.

Insofern stellt dieser Pakt eine einmalige Chance für eine konkrete Klimaschutzpolitik vor Ort dar. Umso wichtiger ist es allerdings, dass diese Chance in vollem Umfang genutzt wird und zu **tatsächlichen und nachvollziehbaren Minderungen der Treibhausgas-Emissionen auf kommunaler Ebene** führt. Dies ist eine Frage einerseits der politischen Glaubwürdigkeit und andererseits einer rationellen Anwendung öffentlicher Mittel. *Deshalb hat der Mouvement Ecologique vor Kurzem in einem sehr offenen Gespräch mit dem Minister vorgeschlagen, bestehende Mängel an dem an sich begrüßenswerten Gesetzestext sowie den daraus resultierenden Bestimmungen aus der Welt zu schaffen. Minister Marco Schank hat seine Bereitschaft erklärt, u.a. folgende Anregungen in Form von Änderungen am Gesetzesentwurf bzw. den Ausführungsreglementen aufzunehmen:*

- Im aktuellen Gesetzesentwurf ist bisher eine rein qualitative Vorgehensweise vorgesehen, d.h. Gemeinden sollen unterstützt werden, wenn sie bestimmte Maßnahmen ergreifen. Inwiefern diese Maßnahmen auch zu reellen Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen führen, ist allerdings nicht explizit als Kriterium für die Vergabe von Subventionen vorgesehen.
Angesichts der Höhe der ins Auge gefassten Zuschüsse an die Gemeinden - ein an sich sehr lobenswertes Unterfangen - ist ein entsprechender Nachweis der CO₂-Reduktion unabdingbar. Dazu bietet sich ein Berechnungstool an, das vom „Klima-Bündnis Lëtzebuerg“ entwickelt wurde. So kann nachweislich sichergestellt werden, dass die Gemeinden einen wichtigen Beitrag zu den internationalen Verpflichtungen Luxemburgs im Klimabereich leisten. Dieser Schritt wäre in der Tat als wegweisend für die Klimapolitik zu werten, und die Notwendigkeit einer Quantifizierung wird ebenfalls vom Minister gesehen. Der Mouvement Ecologique drängt dabei auch auf eine Abänderung der entsprechenden Passage im

Gesetzesentwurf um somit diese Vorgabe deutlich hervorzuheben und eindeutig zu verankern, der Minister seinerseits würde die Abänderung eher von einer juristischen Notwendigkeit abhängig machen (Anhang 1)

- Bis dato ist im Konzept vorgesehen, dass der Staat die Gemeinden bei den Personalkosten für Berater im Klimabereich unterstützt, allerdings nur falls es sich um externe Berater handelt. Auch hier soll eine Abänderung kommen: Gemeinden sollen verstärkt selbst (auf kommunaler oder regionaler Ebene) qualifiziertes Personal für die anfallenden Arbeiten einstellen können, statt diese an externe Berater abzugeben. So kann sichergestellt werden, dass über den Klima-Pakt hinaus das Know-How auf Gemeinde- und regionaler Ebene gestärkt wird. Ein sehr zentraler Schritt, der es erlauben wird, die Strukturen im Bereich Klimaschutz wesentlich auszubauen. (Anhang 2)
- Da die vorgesehene Zertifizierung der Gemeinden sich an ein ausländisches Modell (European Energy Award –eea) anlehnt, sind in den Ausführungsbestimmungen bestimmte, für die Gemeinden und Berater stark bindende Geheimhaltungs-Klauseln vorgesehen. Der Minister teilte die Grundeinschätzung, dass dies nicht der Fall sein dürfe. Vielmehr müsse gewährleistet sein, dass Gemeinden Erfahrungen untereinander austauschen können und so neuentwickeltes Wissen im kommunalen Klimaschutz verbreitet wird. Auch dürfe ein ausländisches System nicht zu stark die Kriterien der Luxemburger Klimapolitik bestimmen. Diese Frage soll juristisch noch eindeutiger geklärt werden. (Anhang 3)
- Konsens zwischen Mouvement Ecologique und Ministerium besteht auch darin, dass der Maßnahmen-Katalog, der als Grundlage für die Zuwendung von finanziellen Hilfen an die Gemeinden dient, der spezifischen Luxemburger Situation entsprechen muss. In einem breiten Dialog sollen entsprechende Anpassungen - so die Zusage des Ministers - mit betroffenen Akteuren – sowohl den Gemeinden, dem „Klima-Bündnis Lëtzebug“ als auch Nicht-Regierungsorganisationen – diskutiert werden. (Anhang 4)

Wird diesen Abänderungen im Text des Gesetzesentwurfes selbst als auch in den Ausführungsreglementen Rechnung getragen, so kann der Klimapakt zwischen Staat und Gemeinden einen wichtigen Meilenstein in der Klimaschutzpolitik Luxemburgs darstellen.